SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Gesellschaftskritik, Biografie und Zeitgeschichte

Kappeler, Manfred

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Kappeler, M. (2001). Gesellschaftskritik, Biografie und Zeitgeschichte. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, *25*(4), 67-99. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-18273

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Manfred Kappeler

Gesellschaftskritik, Biografie und Zeitgeschichte

Fünfundzwanzig Jahre, hundert Hefte – nur wenige der in den siebziger Jahren in revolutionärer Absicht gegründeten Periodika haben den »Niedergang« der radikalen linken Bewegung überstanden.

Aus meiner Sicht stellt sich nicht die Frage, *ob* eine Zeitschrift wie *Psychologie und Gesellschaftskritik* ihren gesellschaftskritischen Anspruch beibehalten soll oder nicht, vielmehr geht es darum, *wie* sie diesen Anspruch verwirklichen kann. Obwohl das meines Erachtens »die Frage« zum fünfundzwanzigsten Geburtstag ist, kann ich dazu wenig sagen, soweit es um die künftige Gestaltung der *Psychologie und Gesellschaftskritik* geht, denn erstens bin ich kein Psychologe, und zweitens kenne ich Zeitschrift und LeserInnenschaft zu wenig, um mich dazu kompetent äußern zu können.

Ich habe die Aufforderung zu einem Beitrag als eine Herausforderung zur Selbstreflexion aufgenommen. In diesem Artikel denke ich darüber nach, wie ich »Gesellschaftskritik« bezogen auf den Kontext meines Denkens und Handelns: die Soziale Arbeit, im engeren Sinne die sozialpädagogische Jugendarbeit, Drogenhilfe und Drogenpolitik, Jugendhilfe und Jugendstrafrechtspflege, in der Vergangenheit verstanden und geleistet habe und wie ich sie heute verstehe und praktiziere.

Ich denke darüber nach auf dem biografischen Hintergrund von dreiundvierzig Jahren Praxis und Theorie/Theorie und Praxis in der Sozialen Arbeit.

Da ich schon am Anfang meines Weges in die Soziale Arbeit ein Selbstverständnis als »kritischer Sozialarbeiter/Sozialpädagoge« hatte, die ökonomische, politische und kulturelle Situation der Bundesrepublik und West-Berlins und zuletzt des »vereinigten« Deutschlands in den Jahren von 1959 bis 2002 aber sehr verschieden war, muss auch das, was ich jeweils

Freiheit
für die
Gegen Rüstungsproduktion
BASF
FÜR DAS
ZU WERD
Wir brauchen
SOLDATEN

als gesellschaftskritisches Denken und Handeln verstanden habe, sehr verschiedene Inhalte und Formen gehabt haben.

Während ich diesen Weg überdenke, drängt sich mir die Frage auf, wie es möglich war, »von Anfang an« mit einem skeptisch-kritischen Blick und der Bereitschaft zum lauten Widerspruch in diesen Bereich gesellschaftlicher Arbeit zu gehen, der sich doch selbst als *den* Ort »der Hilfe« für alle in Armut, Not und Bedrückung geratenen Menschen definiert und das Pathos des »Helfens« so nachhaltig und umfassend hervorgebracht hat.[1] Aus Gründen, die vor meinem Eintritt in die Soziale Arbeit entstanden sein müssen, misstraute ich der Metaphorik der »Hilfe« von vornherein und weigerte mich, die Identifikation mit diesem »helfenden Beruf« über die Herstellung eines Selbstbewusstseins von einem »Helfer« zu konstruieren. Schon bei den ersten Begegnungen mit der »Praxis« im Rahmen der obligatorischen Praktika hatte ich Wahrnehmungen von Kontrolle, Disziplinierung und Diskriminierung der Menschen, denen mit der Jugendgerichtshilfe, der Heimerziehung, der Obdachlosenarbeit (die »Orte« meiner ersten Praxiserfahrung) angeblich in bester menschenfreundlicher Absicht »geholfen« werden sollte.

Bereitschaft und Fähigkeit zu Kritik und Widerspruch, eine Abneigung gegen alles Konformistische, die sich bis zum Angewidert-Sein über-steigern konnte – das ist glücklicherweise jetzt vorbei – müssen biografische Wurzeln haben, die sehr weit zurückreichen. Da meines Erachtens Biografie und Zeitgeschichte einen unlösbaren Zusammenhang bilden, müssen Inhalte und Formen gesellschaftskritischen Denkens und Handelns und auch ihre Veränderungen in diesem Zusammenhang interpretiert werden.

Biografisches

Bei der Suche nach den Wurzeln meiner Bereitschaft zur Gesellschaftskritik kommt zuerst die Erinnerung daran, wie ich das Ende von Krieg und Faschismus im Frühjahr 1945 in meiner nationalsozialistischen Familie erlebt habe. Bis zu dem Tag, an dem die deutschen Soldaten fluchtartig die kleine Stadt an der Weser verließen, wurden wir Kinder vor das den Raum beherrschende Ölbild des »Führers« geführt, der uns, wie meine Mutter im-

mer wieder sagte, retten würde. In den wenigen Stunden zwischen der Flucht der deutschen Soldaten und der Besetzung der Stadt durch die Soldaten der West-Alliierten vollzog sich vor meinen Augen auf gespenstische Weise der »Untergang des Dritten Reichs«. Mein Großvater, SA-Mann und Parteirichter, den ich bisher fast nur in brauner Uniform kannte, meine geliebte Tante, die ich fast nur als BDM-Mädel kannte, erschienen hektisch in »Zivil« und beseitigten, zusammen mit meiner Mutter (ehemalige BDM-Führerin) alle Nazi-Insignien: Der vergötterte Führer wurde ritschratsch aus dem Rahmen gerissen, in Packpapier und Lumpen gewickelt und im Garten vergraben, ebenso das Kästchen mit den Orden meines Vaters und seine Parteiuniform (er war »Reichsstellenleiter« der NSDAP in Berlin, 1939 freiwillig in den Krieg gegangen und 1942 in Stalingrad »gefallen«). Die Hakenkreuzfahne, die am schwarzen Schaft bei uns zu jeder Gelegenheit aus dem Fenster hing, wurde abgerissen, der Schaft zerbrochen und beides in den Ofen gesteckt.

Das alles ohne eine Erklärung an mich und meinen etwas älteren Bruder, die wir unbeachtet herumstanden. Nur dieser Ruf: »Die Amis kommen« und »Schnell, schnell...« und die Angst auf den Gesichtern und in den Gebärden der mir nächsten Menschen, die mir gestern noch die »Rettung durch unseren Führer« versprochen hatten. Das Vertrauen in diese Erwachsenen, in ihre Worte, war nachhaltig erschüttert; das zeigte sich allmählich in den Jahren danach. Ich muss neun oder zehn Jahre alt gewesen sein, als ich anfing mich dem alljährlichen Heldenkult um meinen Vater an seinem Todestag zu widersetzen: Bild in Uniform und wieder ausgegrabenes Kästchen mit Orden und Abzeichen auf dem Tisch und die Ermahnungen unserer Mutter, diesen heldenhaften Vater und seinen Opfertod für Volk und Vaterland nicht zu vergessen. Ich wandte mich ab, fing an Fragen zu stellen (angeregt durch einen jungen Lehrer, von dem ich die ersten Einblicke in die NS-Gewaltherrschaft bekam) und erntete eisiges Schweigen, Liebesentzug, Trauer und Enttäuschung auf dem Gesicht meiner Mutter. Entfremdung, Sprachlosigkeit. Mit vierzehn Jahren habe ich die Familie verlassen.

In einer Stadt des zerstörten Ruhrgebiets, einige hundert Kilometer von »Zuhause« entfernt, machte ich eine Bäckerlehre (mit Kost und Lo-

gis). Obwohl es ein Nachtbackverbot für Jugendliche und ein Jugendarbeitsschutzgesetz gab, vertrat mein »Meister« den Standpunkt, dass der »Stift« (Lehrling) acht Stunden zum Schlafen habe und seine übrige Zeit dem Betrieb gehöre. Ich war ihm mit Haut und Haaren ausgeliefert, der einzige Lehrling. Die zwei Gesellen setzten sich nicht für mich ein, weil sie selbst von der schrankenlosen Ausbeutung des Lehrlings profitierten. Am Ende des ersten Lehrjahres brach ich physisch zusammen, musste für Wochen ins Krankenhaus. Dort dachte ich darüber nach, wie es mit mir weitergehen sollte. Auf keinen Fall wollte ich als »Gescheiterter« und ohne eine Chance für eine Berufsausbildung zurück in die Familie und in das kleine Eifel-Dorf, in dem sie lebte, dessen Tristesse (abgesehen von der wunderbaren Natur) ich zur Genüge kennen gelernt hatte. Ich mußte also durchhalten, aber ich beschloss, mich zu wehren, meine Rechte als Lehrling einzufordern, alle Zumutungen, die buchstäblich über meine Kräfte gingen, zurückzuweisen. Das reichte von der stummen Verweigerung bis zum offenen Protest und der Drohung gegen den Meister, ihn anzuzeigen. Mit dieser Strategie hatte ich Erfolg an vielen kleinen Punkten. In meiner schmalen freien Zeit schloss ich mich einer Jugendgruppe der Evangelischen Kirche an, in der ich Stärkung und Solidarität fand. Heute weiß ich, dass ich diese drei Jahre nur im Widerspruch durchhalten konnte, in der Verweigerung, in der Kritik, im Protest, auch in der Verweigerung jeglichen Ansatzes von Identifikation mit dem »Handwerk« als berufsständischem kulturellen Rahmen. Obwohl ich als Einziger des Jahrgangs vor der Bäckerinnung meine Gesellenprüfung mit »Auszeichnung« bestand, weigerte ich mich, an der feierlichen »Lossprechung« der neuen Handwerksgesellen im Rathaus der Stadt teilzunehmen. Die ganze ständische Handwerksideologie vom »deutschen Handwerk mit dem goldenen Boden«, wie sie uns in der Berufsschule und in den Schulbüchern beigebogen werden sollte, widerte mich an. Ich verließ den Betrieb und die Stadt am Tag nach dem Auslaufen meines Lehrvertrags, aufatmend und stolz, dass ich »durchgehalten hatte« ohne »klein beizugeben« und jetzt »auf eigenen Füßen stand«. Mein Selbst-Bewußtsein war stark nach dieser Zeit der Gegenwehr und ich wußte, ohne eine Zeile von Marx und Engels gelesen zu haben, was Ausbeutung und Unterdrückung und Widerstand dagegen

bedeutet. Es folgten eineinhalb Jahre als Bäcker. Schwere Arbeit, schlechte Unterkunft, aber ich konnte mir von meinem verdienten Geld (50 DM wöchentlich und Kost und Logis) ein Motorrad kaufen, war verliebt, fuhr an den Wochenenden mit meiner Freundin in die Landschaft.

Dann wurde ich »gemustert« und mit den ersten beiden Jahrgängen 1958 zur Bundeswehr eingezogen. Von Kriegsdienstverweigerung hatte ich in meinem jugendkulturellen Umfeld nichts gehört, eine politische Bewegung der Kriegsdienstverweigerung unter Jugendlichen gab es damals noch nicht. Ich empfand das geregelte Leben beim Militär zunächst auch als Erholung von der Maloche in der Backstube: Statt um drei Uhr morgens, erst um sechs Uhr aufstehen, geregelte Arbeitszeit, Wochenenden frei, Feiertage, Urlaub – Motorrad und Freundin. Aber unsere Ausbilder, Offiziere und Unteroffiziere, kamen, bis auf wenige verunsicherte junge Leutnants, aus Hitlers Wehrmacht, waren »Frontsoldaten«, hatten nur darauf gewartet, wieder die Uniform anziehen zu können. Die Adenauer-Regierung hatte zwar das »Leitbild des Staatsbürgers in Uniform« verkündet, aber in den Kompanien, im Kasernen-Alltag war davon nichts zu spüren, wollten die Berufsoldaten nichts davon wissen. Schikane, Willkür, Erniedrigung, Tag für Tag in einer faschistischen Männergesellschaft – es war entsetzlich. Ohne zu überlegen, nach der Erfahrung in der Bäckerlehre schon wie selbstverständlich, war mir nach wenigen Tagen klar, daß ich diesen Sumpf von politischer und moralischer Verkommenheit nur überstehen würde, wenn ich mich gegen die Zumutungen zur Wehr setzen würde. Und diesmal war ich nicht allein. Unter den hundertzwanzig Rekruten in der Kompanie, den circa sechshundert im Bataillon, waren einige, die dachten wie ich. Wir fanden uns bald, besorgten uns das Soldatengesetz, klärten die anderen über Rechte und Pflichten auf, organisierten Verweigerung, Widerstand, machten die »Komissköppe« lächerlich und ernteten Ausgangssperre, Strafwache und die ungeliebtesten »Dienste«. Eine ganze Gruppe beantragte nach der Spezialausbildung als Panzersoldaten die Versetzung in den »waffenlosen Dienst«, das heißt eine Ausbildung zum Sanitäter. Dem wurde stattgegeben. Das Bataillon war froh, uns los zu sein. Wir kamen aber, was den militärischen Drill und die Atmosphäre anging, vom Regen in die Traufe, nur dass wir nicht mehr mit diesen fürchterlichen

Panzern und übrigen Waffen fahren und schießen mußten. Wir nahmen unseren Widerstand wieder auf, der schließlich in einer offenen Meuterei gegen die Absicht des Bataillonskommandeurs mündete, mit uns einen Militärparademarsch durch Koblenz zu veranstalten. Außerdem weigerten wir uns mit einem Streik nach einem Wochenende, an dem wir uns von außen mit Verpflegung versorgt hatten, den »Kantinenfraß« zu essen. Der ganze Block wurde daraufhin von der Militärpolizei abgeriegelt, vor jeder »Stube« stand ein bewaffneter MP, eine Suche nach den »Rädelsführern« begann, verlief ergebnislos und musste nach Tagen des Stubenarrestes abgebrochen werden. Schließlich wurde mit einem vierwöchigen Ausgangsverbot für die gesamte Ausbildungskompanie und verschärften Formalübungen (Exerzieren) eine »Kollektivstrafe« verhängt. Ich weigerte mich, die während dieser sinnlosen Märsche im Kasernenhof von einem Stabsunteroffizier anbefohlenen Lieder faschistischen Inhalts mitzusingen, wurde vor die Kompanie gestellt mit dem Befehl, diese Lieder vorzusingen, weigerte mich wieder, kam in den Arrest, machte dort eine Liste mit *den* Liedern des Soldatenliederbuchs, die meines Erachtens mit dem Geist der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren waren und verlangte meinerseits eine Bestrafung des Ausbilders, die Einstellung des gesetzwidrigen Strafexerzierens und eine öffentliche Untersuchung des Führungsstils. Ich wurde vor den Divisionskommandeur gebracht, der sich für die unzureichende Ausbildung der alten Wehrmachtssoldaten (von denen er ja auch einer war) in »innerer Führung« entschuldigte und mich überredete, meine Eingabe zurückzunehmen für die Gegenleistung: Aufhebung der vierwöchigen Ausgangssperre, kein Strafexerzieren mehr, Respektierung des Rechts der sogenannten Flügelmänner beim Marschieren die Lieder selbst bestimmen zu können (nur der Befehl »rührt euch, ein Lied« war erlaubt, aber nicht die Vorgabe, welches Lied gesungen werden sollte), die Hauptschikanierer, zwei Unteroffiziere, wurden versetzt, der Parademarsch abgeblasen und für die Kantine Besserung versprochen. Ich war glücklich, stolz – es hatte sich wieder gezeigt, dass Kritik und Widerstand gegen Unterdrückung sich lohnt, dass »man sich nicht den Mund verbieten lassen darf« und es nichts nützt, »die Faust in der Tasche zu machen«. Solcher Art waren meine Einsichten.

Vom Handarbeiter zum Kopfarbeiter

Während der Zeit als Soldat wurde mir klar, daß ich nicht auf die Dauer in die Backstube zurück wollte. Ich hatte das Gefühl, dort irgendwann zu verblöden beziehungsweise so abgestumpft und resigniert-unzufrieden zu werden wie die älteren Gesellen, die ich kennengelernt hatte. Ich erfuhr von der Möglichkeit, mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und einer Äquivalenz-Prüfung zur »Mittleren Reife« eine Ausbildung zum »Wohlfahrtspfleger« an einer zweijährigen »Fachschule für Wohlfahrtspflege« machen zu können (heute Fachhochschulen für Sozialarbeit und Sozialpädagogik). Auf die Prüfung mußte ich mich selbst vorbereiten und konnte sie dann als Externer ablegen. Die letzten drei Monate bei der Bundeswehr, die ich relativ unangefochten als Kompanie-Sanitäter in einer Kaserne verbrachte, und ein anschließendes halbes Jahr als Bäcker brauchte ich für die Vorbereitung. Mit Ach und Krach kam ich durch die Prüfung und erhielt einen Ausbildungsplatz als »Wohlfahrtspflege-Schüler«. Es handelte sich um eine evangelisch-kirchliche Schule mit einem stark CDU-orientierten Dozenten-Kollegium, das seine Auffassungen von Staat und Gesellschaft mit starkem Erwartungsdruck an uns herantrug. Ein großer Teil der Lehrinhalte war uninteressant, ätzend langweilig, Lehrbücher von Autoren, die ihre große Zeit im nationalsozialistischen Deutschland hatten (zum Beispiel Psychologie: Lersch, Remplein, Pfahler, schon fast ein Lichtblick Eduard Spanger). Es gab während der ganzen Ausbildung keine Spur von Auseinandersetzung mit der Funktion Sozialer Arbeit im »Dritten Reich«. Schon in den ersten Monaten fand sich eine Gruppe von fünf »Schülern«, die mit der Ausbildung, der Atmosphäre an der »Sozialpenne« – wie wir schon bald sagten – und mit der politischen Indoktrination sehr unzufrieden waren. Wir traten aus Protest gemeinsam in die SPD ein und gründeten eine Gruppe oppositioneller SchülerInnen, die bis auf dreißig TeilnehmerInnen anwuchs und sich dem *Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB)* anschloss, der uns, die wir keine StudentInnen waren, gnädig aufnahm. 1960, in der Adenauer-CDU-dominierten Bundesrepublik, war das für uns ein Akt »linker Opposition«. In diesem Zirkel entwickelten wir Selbstverständnis und Pathos von sozialdemokratisch orientierten Sozial-

reformern und nahmen uns vor, nach der Ausbildung die versteinerte, autoritäre Praxis in der Jugendhilfe, der Jugendstrafrechtspflege, dem Sozial- und Gesundheitswesen, die wir in diversen Praktika kennengelernt hatten, zu verändern.

Während unserer Ausbildung wurden die »Fachschulen für Wohlfahrtspflege« in »Höhere Fachschulen für Sozialarbeit« umgewandelt. Als staatlich geprüfte und staatliche anerkannte Sozialarbeiter (die Bezeichnungen »Fürsorger« und »Wohlfahrtspfleger« gehörten nun der Vergangenheit an) starteten wir auf der Grundlage von neuen Gesetzen, die das »Recht auf ein menschenwürdiges Leben« (§ 1 BSHG) und das »Recht auf Erziehung« (§ 1 JWG) in den Mittelpunkt rückten, in unsere Berufstätigkeit. Beide Gesetze wurden während unserer Ausbildung verabschiedet und waren gerade erst in Kraft getreten. Mit starkem Reformwillen gingen wir in die Praxis. Das war aber weitgehend unverändert die Praxis der fünfziger Jahre, die sich nicht sehr von den Sichtweisen und Handlungsformen der »Wohlfahrtspflege« im »Dritten Reich« unterschied und überall von Verantwortlichen geleitet wurde, die im nationalsozialistischen Deutschland schon Verantwortliche waren und mehr oder weniger in die rassistische nationalsozialistische Bevölkerungspolitik verstrickt waren. Am deutlichsten zeigte sich diese lebendige Vergangenheit in den großen Anstalten: den Fürsorgeerziehungsheimen, den Jugendknästen, der Heimerziehung überhaupt, den psychiatrischen Krankenhäusern.

Ich hatte mich schon während der Ausbildung durch Praktika in der Heimerziehung, der Jugendgerichtshilfe und im Jugendamt auf die sozialpädagogische Arbeit mit Jugendlichen vorbereitet. Ich setzte alle Hoffnungen auf Veränderung auf einen Regierungswechsel, war aktiv in der SPD und der Arbeiterwohlfahrt, engagierte mich in Projekten zur »Reform der Heimerziehung« und blickte selbstbewußt und optimistisch in meine berufliche Zukunft.

Ent-täuschte Hoffnungen – oder: Wer hat uns verraten...

1966 übernahm ich in West-Berlin eine Modelleinrichtung zur »Resozialisierung straffälliger Jugendlicher«, denen nach langjähriger Jugendstrafe

ein sozialpädagogisch begleiteter Übergang ins »bürgerliche Leben« ermöglicht werden sollte. Es gelang mir, für dieses Heim eine für die Zeit sehr liberale Konzeption durchzusetzen, mit pädagogischer Autonomie des Teams, eigener Öffentlichkeitsarbeit, ungehemmtem Zugang zu den Jugendlichen im Knast und vor allem: einer Vereinbarung mit der Berliner Polizei, diese Einrichtung als eine Art »pädagogischer Provinz« zu tolerieren und bei etwaigem Verdacht auf Straftaten nicht von sich aus in der Einrichtung aufzutauchen, zu observieren, zu durchsuchen zu verhaften etc., also den Generalverdacht, unter dem diese dreißig jungen Männer überall standen, quasi »auszusetzen«.

Diese wichtige Vereinbarung wurde schon nach wenigen Monaten gebrochen. Als meine wiederholten Beschwerden beim Senator für Jugend, der diese Arbeit finanzierte und die Fachaufsicht hatte und auch das Konzept genehmigt hatte, keinen Erfolg zeitigten, machte ich eine Dokumentation der Übergriffe der Polizei, legte die fatalen Wirkungen für die Jugendlichen dar, zeigte, dass das erklärte Ziel »Resozialisierung« primär nicht durch die Jugendlichen, sondern durch Polizei, Arbeitgeber und Öffentlichkeit gefährdet würde, und drohte mit der Veröffentlichung in der »Quick«, die nach der Erschießung von Benno Ohnesorg durch einen Berliner Polizisten während der Demonstration gegen den Schah-Besuch mit einer kritischen Serie unter dem Titel »Deutschland, Deine Polizei« (oder so ähnlich) begonnen hatte. Mein Druck schien Erfolg zu haben: Die Polizeiführung bestätigte die Vereinbarung und versprach, die Abschnitts- und Einsatzleiter entsprechend zu instruieren. Allerdings wurde mir kurz darauf von meinem Arbeitgeber (einer Stiftung mit Kuratorium unter Senatsvorsitz) verboten, öffentlich über meine Erfahrungen zu reden und zu schreiben. Die öffentliche Diskussion über die Erfahrungen mit diesem Modellprojekt war aber die Bedingung für meine Beteiligung an den diversen Bemühungen zur Reform von Heimerziehung und Jugendstrafrechtspflege. Ich hielt mich nicht daran, nahm über einen Praktikanten Kontakt auf mit einer Gruppe linker StudentInnen der »Alice-Salomon-Akademie für Soziale Arbeit« (heute Alice-Salomon-Fachhochschule), die sich kritisch mit dem System der öffentlichen Erziehung auseinandersetzten, organisierte Diskussionen zwischen den Studierenden, den Jugendlichen des

Heims und dem pädagogischen Team, übernahm die Leitung eines Projekts »Heimerziehung« in der »Alice-Salomon-Akademie«, in dem sich die sich links-radikal verstehenden StudentInnen auf ihr Staatsexamen vorbereiteten. Gemeinsam erarbeiteten wir nun eine Kritik der Fürsorgeerziehung, die den Rahmen meines bisherigen sozialdemokratisch-reformerischen Denkens sprengte. Die Kontroversen mit meinem Arbeitgeber spitzten sich zu, weil ich den »Maulkorb« missachtete und schließlich wurde mir vorgeschlagen, das Arbeitsverhältnis im beiderseitigen Einvernehmen zu lösen.

Zu meiner großen Überraschung erhielt ich zu diesem Zeitpunkt das Angebot, in der neu gegründeten sozialpädagogischen Fortbildungsstätte »Haus Koserstraße« als hauptamtlicher Dozent in der Fort- und Weiterbildung von sozialpädagogischen Fachkräften zu arbeiten; eine Senatseinrichtung zwar, aber mit großen Freiheiten, waren doch diese Fortbildungsstätten Sammelpunkte des Veränderungswillens der Sozialen Arbeit. Bei der Aufgabenteilung innerhalb des DozentInnen-Teams gelang es mir, die fachliche Zuständigkeit für den Bereich der stationären öffentlichen Erziehung (Heimerziehung, Fürsorgeerziehung, freiwillige Erziehungshilfe) zu bekommen, so dass ich die Kritik der Heimerziehung, die mit dem Lehrauftrag an der Sozial-Akademie schon Konturen gewonnen hatte, jetzt verstärkt weiterführen konnte. Zu diesem Zeitpunkt setzte ich keine Hoffnungen mehr auf die politische Kraft der Sozialdemokratie zu grundlegenden Reformen in der Sozialen Arbeit. In sehr kurzer Zeit eignete ich mir im Umgang mit den radikalen StudentInnen und im Kontakt mit gleichaltrigen Wissenschaftlern aus dem SDS-Spektrum so viel marxistische Theorie an, wie mir möglich war (mein Tagewerk bestand ja nun aus Lesen, Denken, Schreiben, Reden) und mein Denken und Handeln radikalisierte sich in einem von heute aus betrachtet atemberaubenden Tempo.

Gesellschaftskritik hieß jetzt für mich die Theorie und die Praxis der Sozialen Arbeit, speziell im Bereich der öffentlichen Erziehung, auf den »Grundwiderspruch« zu beziehen, das heißt »ihre Funktion für die Reproduktion der auf Ausbeutung und Herrschaft beruhenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft« zu analysieren und aus dieser Analyse Strategien und Formen der Verweigerung, des Protestes und des praktischen Widerstandes zu entwickeln. Ich organisierte den Arbeitskreis »Kritische Heim-

erziehung«, in dem sich TheoretikerInnen und PraktikerInnen trafen. Mit den StudentInnen der Sozial-Akademie und mit StudentInnen und DozentInnen des Diplom-Studiengangs Erziehungswissenschaften an der Pädagogischen Hochschule wurden spektakuläre Aktionen in den Berliner »Fürsorgeknästen« durchgeführt (zusammengefasst unter dem Titel »Heimkampagne«). Ulrike Meinhof wurde bei ihren Recherchen zu dem Filmprojekt »Bambule« unterstützt, zusammen mit Kollegen vom Pädagogischen Zentrum wurden »Jugendwohnkollektive als Alternative zur Fürsorgeerziehung« diskutiert und geplant. Die sozialpädagogische Fortbildungsstätte wurde zu einem Kristallisationspunkt der inzwischen gewachsenen »linken Sozialarbeiterbewegung« in West-Berlin.

Schon bald nachdem die repressiven Strukturen der Heimerziehung, besonders der Fürsorgeerziehung, öffentlich gemacht waren, richtete sich die Kritik zunehmend gegen diejenigen, die, wie ich und wir meinten, gegen alle Erfahrung der gescheiterten Reformbemühungen der sechziger Jahre, am sozialdemokratischen Reformprojekt festhielten. In unseren Augen waren sie »Reformisten«, die die »Dialektik von Reform und Revolution« (Rosa Luxemburg) nicht begreifen wollten oder konnten. Nicht wollten, weil es ihnen um die Modernisierung/Erhaltung der aus unserer Sicht »revolutionär umzuwälzenden« kapitalistischen Gesellschaft ging und um den Erhalt ihrer Macht oder ihrer Karrierechancen – nicht konnten, soweit sie fachlich engagiert und menschlich guten Willens waren, aber, wie wir unterstellten, in ihrem »falschen Bewusstsein« befangen blieben, zu selbstbefreiender marxistischer Ideologiekritik, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage waren. Ich nahm, nach allen Enttäuschungen als sozialdemokratischer Reformer, keine Rücksichten mehr, redete, schrieb und tat, wie ich dachte und wunderte mich nicht, wenn es auch schmerzte (wegen der schönen regelmäßigen Knete und des schönsten Arbeitsplatzes, den ich je hatte), dass ich nach dreizehn Monaten gehen musste.

Jedenfalls war ich da angekommen, wo jeder/jede sich revolutionär verstehende(r) Linke zwischen 1968 und 1970 ankommen musste, wenn sie/er sich selbst ernst nehmen und von anderen ernst genommen werden wollte: beim Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital und der

Überzeugung, dass es zur revolutionären Beseitigung dieser Ursache allen Übels keine ernstzunehmende Alternative gibt. Gesellschaftskritik, wo immer auch in der Gesellschaft sie betrieben wurde, konnte nach meiner/unserer Überzeugung nur von der uneingeschränkten Anerkennung dieses Kerns der politischen Ökonomie und in der Rückbeziehung aller Erscheinungen an der »gesellschaftlichen Oberfläche«, auf diesen »Kern«, Schärfe und Kraft entfalten. Alles andere Denken, das sich auch kritisch nannte, betrog nach unserer Auffassung sich selbst und andere. Das Leben war hart im Lichte dieser marxistischen Wahrheit und Klarheit und wie konnte es in dieser beschissenen Gesellschaft auch anders sein? – aber schön und voller Hoffnung war es. Wie gut ließ es sich trotz aller Bedrückungen mit diesen Polarisierungen von »richtig oder falsch«, »rechts oder links«, »Revolutionär oder Reformist«, »fortschrittlich oder reaktionär«, »Wissenschaft oder Ideologie«, »dafür oder dagegen« leben, welch ein Selbstbewusstsein ließ sich aus dem Bewusstsein auf der »richtigen Seite im Geschichtsprozess« zu stehen, ziehen.

Dass meine/unsere »Dialektik der Ordnung« (Zygmunt Bauman), die Ambivalenzen und Widersprüche unseres eigenen Seins und unserer Utopien ausblendete, sahen wir nicht, und glaubten, die wahren DialektikerInnen zu sein. Für die scheinbare Notwendigkeit, so zu denken und zu sehen, fanden wir viele überzeugende Gründe: Die Praxis der Sozialen Arbeit war in vielen Bereichen mehr Kontrolle, Disziplinierung, Diskriminierung, Ausgrenzung und Marginalisierung als Unterstützung, Förderung, Achtung der Menschenwürde des Anderen, Ernstnehmen seiner Erfahrungen und seiner Vorstellungen von einem guten Leben. Besonders die Praxis der Fürsorgeerziehung in den riesigen geschlossenen Anstalten, an der sich meine radikale Kritik und mein Zorn entzündete, war, auch aus heutiger Sicht, im Ganzen menschenverachtend und die Verzweiflung darüber, daß sich in den verhärteten Institutionen der Jugendhilfe so wenig bewegte, führte mich/uns zu Kritik- und Aktionsformen, die von heute aus gesehen selbst wieder problematisch und kritikwürdig waren, zum Beispiel der Vergleich der Fürsorgeerziehungsanstalten mit den KZs und des damals in diesen Anstalten überwiegend praktizierten sogenannten Progressivsystems (sich »hocharbeiten« durch »gute Führung« und »Kooperations-

bereitschaft« in einer von der pädagogischen Leitung installierten »Zöglingshierarchie«) mit dem Kapo-System in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Dabei muss allerdings bedacht werden, dass die »Kritik der totalen Institutionen«, die wir als Schlusssteine eines auf Ausbeutung und Unterdrückung aufgebauten Gesellschaftssystems verstanden, zusammenfiel mit unseren Versuchen einer kompromisslosen Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit der Bundesrepublik, einer Vergangenheit, die erst fünfundzwanzig Jahre zurücklag und aus der die meisten von uns selbst noch kamen. Eugen Kogons in den fünfziger und sechziger Jahren verdrängtes Buch von 1947 »Der SS-Staat« erlebte eine Renaissance.

Der moralische Rigorismus meiner/unserer Kritik an allen gesellschaftlichen Phänomenen, die uns auch nur im Entferntesten an diese ungeheuerliche Zeit in der deutschen Geschichte erinnerten und der Ulrike Meinhof und viele andere zu den Waffen greifen ließ und damit selbst wieder zu einer menschenverachtenden Praxis, läßt mich heute im Rückblick erschauern, und ich bin froh, daß ich und viele meiner Freundinnen und Freunde aus den unterschiedlichsten Gründen davor bewahrt worden sind, den selben Weg zu gehen, wie die vom »Zweiten Juni« und von der »Roten Armeefraktion«, von denen manche mir nahegestanden haben, die sich an den selben Phänomenen und ähnlichen Erfahrungen entzündeten, wie ich; bewahrt worden – aus den unterschiedlichsten Gründen und nicht, weil ich einen klareren Kopf und besseren Durchblick gehabt hätte. Die ethisch-moralische Berechtigung revolutionärer Gewalt war in diesen Jahren für mich selbstverständlich, umfassend legitimiert durch die gesellschaftlichen Strukturen und ihre Auswirkungen auf die Lebensbedingungen vieler Menschen, die in der Sozialen Arbeit wie in einem Brennspiegel in besonderer Schärfe sichtbar wurden. Noch immer kann ich diesen Zustand dauerhafter Empörung nachempfinden, wenn ich mich den Erinnerungen überlasse. Diese Empörung hatte ihre historischen, gesellschaftlichen und subjektiven Berechtigungen, und ich will mich nicht von ihr distanzieren. Sie ist aber ungebremst eingeflossen in unsere Kritik und in die Konsequenzen, die ich/die wir daraus zogen und ich glaubte doch, über ein wissenschaftstheoretisches und analytisches Instrumentarium zu verfügen – die

marxistische Gesellschaftsanalyse – mit dem »objektive« und darum unwiderlegbare Erkenntnisse gewonnen werden könnten. Froh bin ich darüber, dass es mir und denen, die so dachten wie ich, nicht gelungen ist, die »freiheitlich-demokratische Grundordnung«, die wir als »bürgerliches Ideologem« verhöhnten, abzuschaffen, dass wir nicht die Mittel, die Macht in die Hand bekamen, die »revolutionäre Gewalt«, die wir für die Veränderungen, von denen wir träumten, notwendig hielten, anwenden zu können.

Ich versuche, diese Fünfundzwanzig- bis Fünfunddreißigjährigen, zu denen ich gehörte, in ihrem spezifischen zeitgeschichtlichen Kontext, der sogenannten Nachkriegszeit, zu verstehen. Mit ihrer auf die Gesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre – »Wiederaufbau« und »Wirtschaftswunder« in der Bundesrepublik – bezogenen radikalen Kritik wollten sie zugleich den »Sumpf«, aus dem sie kamen, diese verdrängte, abgewehrte, verharmloste aber überall noch lebendige faschistische Vergangenheit, aufbrechen und »abrechnen«, wirklich und endlich abrechnen, mit der Generation ihrer Eltern, die so penetrant die Antworten auf ihre drängenden Fragen verweigert hatten und immer noch in arroganter aber zunehmend ängstlicher und nervöser Beharrlichkeit an allen wirklich entscheidenden Machthebeln der Gesellschaft saßen und sich über »Jugendprotest im demokratischen Staat« mokierten.

Der Kampf zwischen »Reformern« und »Revolutionären« in der Jugendhilfe

Es waren aber nicht die alten Reaktionäre und knallharten Rechten, die sich unserer revolutionären und an wichtigen Punkten so blinden Ungeduld am wirksamsten entgegenstellten, sondern die »Reformer«, die, aus unserer Sicht, ewig Zaudernden und Zögernden, mit ihrem ständigen Ja-Aber... auf den Lippen, die sich mit ihrer »Verzögerungstaktik« allen hier und jetzt zu erkämpfenden Veränderungen verweigerten und sich damit für uns »objektiv« als »Handlanger des Systems« erwiesen. So dachte ich in dieser Zeit und so war es – glaube ich. Den spezifischen Zusammenhang von Biografie und Zeitgeschichte, in dem und aus dem heraus wir dachten und handelten, ernstzunehmen, kann und soll aber auch in der Rückschau,

keine Entschuldigung sein für die eigene »Dialektik der Ordnung« mit ihren folgenschweren Vereinfachungen und Blindheiten gegenüber den problematischen Folgen meiner/unserer Art von Gesellschaftskritik und den aus ihr abgeleiteten Aktionsformen.

Zwar sind alle Menschen jeweils »Kinder ihrer Zeit«, und gerade diese Tatsache wird ja durch das Beharren auf dem Zusammenhang von Biografie und Zeitgeschichte und seiner Bedeutung für Inhalte und Formen von Gesellschaftskritik betont, aber der/die Einzelne geht als Subjekt, das für sein Denken und Handeln individuelle Verantwortung trägt, tragen muß, in »seiner Zeit« nicht einfach auf, und die zeitgeschichtliche Kontextualisierung individueller Biografie, so unerlässlich sie für jeden Versuch des Verstehens ist, darf nicht zur Legitimation des eigenen Versagens, der eigenen Blindheiten, Fehleinschätzungen und Verstrickungen dienen.

Eine meiner/unserer typischen, und wie ich meine folgenreichsten »Blindheiten«, war die Stilisierung aller Angehörigen der »unterdrückten Klassen« zu Opfern. Täter gab es nur auf der Seite der Herrschenden. Für die »Opfer« gab es nach meiner/unserer Auffassung nur einen Weg der Befreiung aus dem Opfer-Status: Die Gewinnung von Handlungsfähigkeit durch die Entwicklung von Klassenbewußtsein. Für die linken Pädagogen meines Spektrums wurden aus dieser Sichtweise die Ziele ihrer erzieherischen Arbeit abgeleitet. Der Titel der Zeitschrift »Erziehung und Klassenkampf«, die wir 1970, nach dem großen Erfolg der »Sozialistischen Aktion« auf dem Vierten Deutschen Jugendhilfetag in Nürnberg verabredeten, ist dafür ein programmatischer Ausdruck. Auf diesem Jugendhilfetag[2] kam es zu einem folgenschweren Bruch zwischen den »Reformern« und den »Revolutionären«, der für die nächsten zehn Jahre die Auseinandersetzungen in diesem bedeutenden Bereich der Sozialen Arbeit dominieren sollte. In diesem »Zusammenstoß« *der* beiden Gruppierungen, die die Träger des Veränderungswillens waren, offenbart sich das ganze Dilemma linksradikaler Gesellschaftskritik und ihrer Abwehr durch die auf Reformen setzenden und an Reformen arbeitenden Kräfte. Aus diesem Grund will ich hier auf dieses Ereignis genauer eingehen.

Für die linke Bewegung in der Sozialen Arbeit gilt der Jugendhilfetag 1970 als historischer Ausgangspunkt, an dem die in den späten Sechzigern

entstandenen lokalen und regionalen Initiativen sich zusammenfanden und zum ersten Mal ihre Kritik und ihre Forderungen republikweit zu Gehör bringen konnten. Von der ersten Stunde dieser viertägigen Veranstaltung an verlief die Konfrontation, die die Jugendhilfe in der Bundesrepublik nachhaltig erschütterte, zwischen Reformern (»Reformisten«) und Revolutionären (»Chaoten«).

Im Abschlußbericht, der im Auftrag des Veranstalters, der »Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge« (AGJJ) unter dem Titel »Kindheit und Jugend in der Gesellschaft – Dokumentation des Vierten Deutschen Jugendhilfetages« (München 1970), redigiert von Walter Hornstein, dem langjährigen Leiter des Deutschen Jugendinstituts in München und profiliertem Jugendforscher, wird die »Sozialistische Aktion« als eine Ansammlung von »Fanatikern«, »Einpeitschern«, »Rattenfängern«, »Ideologen« und »diffus denkenden Köpfen« beschimpft, die gekennzeichnet sei von »Intoleranz«, Inhumanität«, »blindem Eifer«, von »sturer Penetranz«, »Unverfrorenheit« und »Ignoranz«. Sie habe »radikale, zum Teil völlig utopische Maximalforderung« in »klassenkämpferischen, marxistisch-leninistischen Parolen« vorgetragen. Der Hauptvorwurf aber lautete, dass wir hilflose Kinder und Jugendliche für unsere politischen Ziele missbrauchen wollen. Christian Marzahn, ein wesentlicher Vertreter kritischer Erziehungswissenschaft in den siebziger und achtziger Jahren, Gründungsmitglied von »Erziehung und Klassenkampf«, zuletzt bis zu seinem frühen Tod 1994 Konrektor der Universität Bremen, bezeichnete im ersten Heft von »Erziehung und Klassenkampf« (1971) die »Reformer« folgendermaßen:

> Da zu vermuten war, daß ein bürgerlicher Propaganda-Kongreß seine offizielle Zielsetzung, ›die gesellschaftlichen Strukturen (zu) analysieren, die das Leben von Kindern und Jugendlichen bestimmen‹, und ›die gesellschaftliche Funktion der Jugendhilfe‹ zu erörtern, nicht oder nur ideologisch einzulösen in der Lage sein würde, sah sich die ›Sozialistische Aktion Jugendhilfetag‹ vor drei Aufgaben gestellt: 1. den Ausbeutungs- und Klassencharakter der westdeutschen Gesellschaft im Hinblick auf die Lage insbesondere der

Kinder und Jugendlichen aus der Arbeiterklasse zu verdeutlichen; 2. den Teilnehmern des Jugendhilfetags die gesellschaftlichen Bedingungen aufzeigen und die bisherige systemstabilisierende Funktion der Jugendhilfe durchschaubar machen; 3. Analyse der Berufssituation der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen und die sich daraus ergebenden Organisationsfragen.

Konfrontiert mit den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft, schrieb Christian Marzahn weiter, klammerten sich die Reformer, die diese Gesellschaft »nicht mehr gut als heile Welt auffassen und darstellen« können, »mit dem Mut der Verzweiflung« an die von ihnen behaupteten »weitgehenden Möglichkeiten einer parlamentarischen Demokratie«. Mit »schrittweisen Reformen«, so schreibt Marzahn, wollten die Reformer den Kapitalismus »zähmen« und »einzelne Defizite der gegenwärtigen Situation« beseitigen. Das sei die »so traditionsreiche wie einfältige Haltung der Winkelreformer, die Marx schon vor über hundert Jahren verspottet hat: Ein Teil der Bourgeoisie wünscht den sozialen Missständen abzuhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. Es gehören hierher: Ökonomisten, Philanthropen, Humanitäre, Verbesserer der Lage der arbeitenden Klassen, Wohltätigkeitsorganisierer...« (Karl Marx).

Der Hornstein-Bericht zeigt, dass die konservativen, notwendige Veränderungen beharrlich boykottierenden Funktionäre, Theoretiker und Praktiker der Jugendhilfe um 1970 schon so in der Defensive waren, dass sie auf dem Kongress praktisch keine Stimme mehr hatten. Nach Meinung der großen Mehrheit, schreibt Hornstein, seien »rasche und weitreichende, ja einschneidende Reformen und Veränderungen zum Teil tiefgreifender Art unumgänglich«. Man sei sich einig in der Überzeugung, dass »alle Hilfen sinnlos sind, wenn die Ursachen für eine ständige Reproduktion von sozialen Notsituationen nicht beseitigt werden«. Diese Einigkeit bestand tatsächlich. Warum dann dieser gegenseitige Hass? Die Einigkeit beschränkte sich auf die Kritik am Erscheinungsbild der Jugendhilfe. Bei der Analyse der Ursachen für die negative Phänomenologie und bei den Auffassungen über die Beseitigung ihrer Ursachen kam es zum Bruch. Hornstein schreibt: »Hierzu zeigten sich unüberbrückbare Gegensätze zwischen den eine Re-

form im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung anstrebenden und den radikalere Ziele verfolgenden Gruppen.«

Das war's: Die FDGO gegen die revolutionäre Aufhebung des Grundwiderspruchs und umgekehrt. Wie platt, wie dumm – von heute aus gesehen – auf beiden Seiten. Die AGJJ verstieg sich zu der Anregung, zu prüfen »ob weiterhin zugelassen werden soll, dass offen oder versteckt die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie in der BRD betrieben wird«. Hornstein schreibt, dass durch die »massive und brutale Bedrohung des Fortschritts« durch die »Sozialistische Aktion« die alten Rivalitäten und Konkurrenzen zwischen den Jugendhilfeträgern relativiert worden seien und sich die Chance eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Umstürzler abzeichne, denen man in Zukunft »als geschlossener Block« begegnen müsse. Die »Sozialistische Aktion« wiederum sah sich bestätigt in ihrer Einschätzung vom »bürgerlichen Propaganda-Kongress« und zog aus den Erfahrungen in Nürnberg die Konsequenz, dass es nun gelte, den erreichten Zusammenhalt mit revolutionärer Entschlossenheit weiterzuentwikkeln und zu festigen.

Aus der Vogelperspektive betrachtet, musste der Tumult auf dem Kongress als massiver Ausbruch eines lange schwelenden Generationenkonflikts erscheinen, dessen Konfliktlinie deutlich zwischen den Dreißigjährigen plus/minus und den Fünfzigjährigen plus/minus verlief. Hornstein warf dann auch der »Sozialistischen Aktion« vor, sie agiere *ihren* Generationskonflikt aus und diese konterte: handfeste inhaltliche Divergenzen sollten mit solch einer Argumentation psychologisiert und damit neutralisiert werden. Heute denke ich, dass Hornstein teilweise Recht hatte, nur hätte er als Pädagoge und Jugendforscher wissen müssen, dass zu einem Generationenkonflikt mindestens zwei Generationen gehören, wenn nicht gar alle Generationen, die zu einem identischen Zeitpunkt in einer Gesellschaft miteinander leben, und dass auch die ältere, »erfahrenere« Generation in diesem Konflikt Verantwortung dafür trägt, daß die Kommunikation nicht abgebrochen wird. Stattdessen: »Der Vorstand distanziert sich insbesondere von allen während des vierten Deutschen Jugendhilfetags erfolgten Äußerungen gegen die verfassungsmäßige Grundordnung unseres Staates und von der Diffamierung, die Personen und Trägergruppen wider-

fahren ist, sowie von den Methoden, mit denen Veranstaltungen des vierten Deutschen Jugendhilfetags manipuliert wurden.«

Was auf dem Jugendhilfetag 1979 geschah, der Abbruch der Kommunikation, die Verweigerung von Zuhören und miteinander Reden, in einer historischen Situation, in der die öffentliche Kritik der Studentenbewegung an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik in der Sozialen Arbeit, besonders im Bereich der Jugendhilfe, schon zu einer weitgehenden Anerkennung der Kritik an den »totalen Institutionen« und vieler »Missstände« in der Praxis geführt hatte, ist meines Erachtens paradigmatisch für alle Bereiche von Gesellschaftskritik und Abwehr in jenen Jahren.

Die an der Wende der Fünfziger zu den Sechzigern mit Reformeifer in Studium und Beruf einsteigenden »Kriegskinder« stießen sich in wenigen Jahren wund an den verhärteten Strukturen und erlebten die Verweigerung der Auseinandersetzung, die schon ihre Kindheit und Jugend bestimmt hatte, jetzt als Generation der jungen Erwachsenen noch einmal. Als sie ihr Ziel schon fast erreicht hatten, Liberalisierungen von Lebensstilen, kulturelle Öffnungen für neue Praxis in vielen Bereichen schon fast verwirklicht werden konnten, war ihre Geduld verbraucht, der »lange Atem« nicht mehr aufzubringen. Die für weitreichende Veränderungen in einer Gesellschaft stets notwendige Ausdauer und Gelassenheit, war für die rebellierenden Teile dieser Generation mit ihrer spezifischen Geschichte (geboren und aufgewachsen zwischen 1938 und 1968) meines Erachtens eine Überforderung.

Die zwischen 1910 und 1920 geborenen – im »Dritten Reich« schon beteiligte junge Erwachsene und in den fünfziger/sechziger Jahren die gesellschaftstragende Altersschicht – wollten durch unser Schreien nicht erinnert werden an die »finsteren Jahre« und klammerten sich, mit wenigen für uns wichtigen Ausnahmen, an ihre »Aufbauleistungen«, die sie sich durch unsere radikale Kritik nicht entwerten lassen wollten. Sie kamen nicht nur aus dem nationalsozialistischen Deutschland, sondern waren bestimmt von den Polarisierungen des »kalten Krieges«, der ihr Weltbild prägte, jenes Weltbild, das wir mit unserer Kapitalismus- und Imperialismus-Kritik auf- und zerbrechen wollten. Ohne zu zögern, packten sie uns in alle verfügbaren anti-kommunistischen Schablonen, die wir mit unseren uns leicht

von den Lippen gehenden und oft so selbstgerecht, so arrogant und pharisäerhaft vorgetragenen Faschismus-Vorwürfen beantworteten. Das war eine tragische Verstrickung, wenn man bedenkt, dass wir, die wir uns so heftig und oft genug hasserfüllt von einander abgrenzten, uns oft an den nämlichen Zuständen und Verhärtungen abrackerten und empörten. Auf die anti-kommunistischen Diffamierungen der Reformer antworteten wir mit dem Gestus der Überlegenheit derjenigen, die die »richtige Gesellschaftsanalyse« in der Tasche zu haben glaubten.

Das alles gilt es zu bedenken, wenn, ausgehend von Gesellschaftskritik in den siebziger/achtziger Jahren nach der Angemessenheit von Gesellschaftskritik heute gefragt wird. Reaktionäre, Reformer und Revolutionäre um 1970 waren hoffnungslos verstrickt, alle zusammen in die furchtbarste Zeit und Erfahrung deutscher Geschichte. Das war, glaube ich, eine bislang nie dagewesene Konstellation in den die Geschichte durchziehenden Konflikten zwischen den Generationen. Die Beziehungen zwischen den »Achtundsechzigern«, der heutigen Eltern- und auch schon Großeltern-Generation und den »Nachgeborenen«, die in den von uns mitgeschaffenen und mitzuverantwortenden »Verhältnissen« aufgewachsen sind und aufwachsen und auch schon wieder die Konfliktlagen zwischen diesen und den nächsten, haben nicht mehr in gleicher Weise die Wucht der Verstrikkungen zu tragen und zu bewältigen wie die um 1970, obwohl auch die heute Jüngeren und Jungen noch nicht – noch lange nicht – frei sind, frei sein können, von dem, was uns in diese Sackgassen hat laufen lassen, in denen die Kommunikation zerbrochen ist.

Und nun? Kann daraus was gelernt werden? Was das Lernen aus der Geschichte angeht, bin ich inzwischen skeptisch, aber mein Pädagogischer Eros bewahrt mich vor der unter meinen Altersgenossinnen und -genossen durchaus verbreiteten Altersresignation im Hinblick auf die »Nachwachsenden«. Wo war meine Kritik blind gegen ihre Unzulänglichkeit? Wo war ich blind gegenüber problematischen Folgen meines Denkens und Handelns? Das soll weiter aufgeklärt werden. Möglicherweise hilft das etwas für das weitere Nachdenken über »Gesellschaftskritik heute«.

Historische Pädagogik als Mittel zur Identitätsfindung

In »Erziehung und Klassenkampf« Nummer 1 gibt es einen Artikel »Zur Bedeutung der revolutionären Pädagogen der Weimarer Republik für die Re-Konstituierung einer marxistischen Erziehungstheorie und -praxis heute«. Mit Leidenschaft haben wir die der Arbeiterbewegung nahestehenden linken Pädagogen der Zeit vor 1933, die von der westdeutschen Erziehungswissenschaft totgeschwiegen wurden, ausgegraben, um uns an ihnen aufzurichten. Heute frage ich mich, wie wir so blind sein konnten gegenüber ihrer Mißachtung des Subjekts, ihren funktionalisierenden und autoritären Erziehungsstilen und -methoden, ihrem Ordnungs- und Sauberkeitsfanatismus, ihrer piefigen Kleinbürgerlichkeit, gegenüber ihrem linearen Geschichtsverständnis und einfältigen Fortschrittsglauben.

Wie konnte *uns* entgehen, dass sie ohne Bedenken die Bedürfnisse, Wünsche, Interessen von Kindern und Jugendlichen den von ihnen prinzipiell über das Individuum gestellten angeblich unabdingbaren Forderungen der Klasse, der Partei, der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft usw. opferten.

Wie konnte uns das entgehen, die wir mit einer Kritik an der autoritären Theorie und Praxis der Erziehung, mit dem Versuch, zeitgemäßer Verbindungen von Psychoanalyse und Marxismus, mit Forderungen nach Selbstbestimmung und Selbstorganisation gestartet waren? Hatten wir nicht Ignoranz, autoritäres Gehabe, Missachtung der eigenen Wünsche und Bedürfnisse in Kindheit und Jugend selbst erfahren und erlitten? Was brachte uns dazu, die folgenschwere Unterscheidung zwischen »subjektiven Bedürfnissen und objektiven Interessen« von Arbeiterjugendlichen zu machen und die Definitionsmacht darüber zu beanspruchen, was die »objektiven Interessen« zu sein haben, denen notfalls die »subjektiven Bedürfnisse« untergeordnet werden müssten, wenn es zwischen beiden leider keine Übereinstimmungen gab? Das Konzept der »Antikapitalistischen Jugendarbeit«, das Programm von »Erziehung und Klassenkampf« gründete sich auf diese Unterscheidung, mit der wir uns die Legitimation für unsere revolutionäre Pädagogik schufen, nicht merkend, wie autoritär und funktionalisierend dieser Anspruch war. Eine kritische Auseinandersetzung

mit dem Menschenbild, mit der Erziehungstheorie und -praxis der von uns verehrten revolutionären Pädagogen der Arbeiterbewegung hätte uns vor diesen Irrtümern bewahren können – warum waren wir dazu nicht in der Lage?

Als unsere erfolgreichste Publikation, das Suhrkamp-Buch »Gefesselte Jugend – Fürsorgeerziehung im Kapitalismus« 1970 erschienen war (drei Auflagen mit über dreißigtausend Exemplaren in drei Jahren), die »Grüne Bibel der Sozialpädagogik«, kritisierte der alte Hans Eyferth aus der »Gilde Soziale Arbeit« (Zusammenschluß von ReformpädagogInnen aus der Weimarer Republik) unsere Analysen als »zynisch«, »objektivistisch« und unsere Absichten als »Politikmachen auf dem Rücken von Jugendlichen«. Zynisch waren wir nicht, aber mit den anderen Kritikpunkten hatte er Recht. Das sehe ich, wenn ich meine Texte in diesem Buch heute lese. Aber er kritisierte diese Sichtweisen und Haltungen *auch,* um unsere berechtigte radikale Kritik an der Anstaltserziehung zu diffamieren, sie nicht an sich herankommen zu lassen, sich nicht fragen zu müssen, wie es zu den Fürsorgeknästen kommen konnte und warum ihre/seine Reformbemühungen der Weimarer Zeit im Ganzen und im Einzelnen so kläglich scheitern mussten. Die Figur dieser Kontroverse ist typisch für Kritik und Gegenkritik der Zeit. Aber Eyferths Blindheit gegenüber unserem Scharfsinn rechtfertigt nicht unsere Blindheit gegenüber seinem Scharfsinn. Wieder einmal kam es lediglich zu einem »Schlagabtausch« und nicht zu einem Gespräch. Warum war ich, waren wir nicht in der Lage, uns dieser Kritik zu stellen?

Unsere Identifikation mit den Klassenkampf-Pädagogen der Weimarer Republik resultierte aus einem breit angelegten und weitgehend unbewussten Identitätsprojekt. Die von uns ausgebuddelten Heroen brauchten wir für einen Brückenschlag über den »Abriss« des »fortschrittlichen Strangs« in der Geschichte durch Faschismus, Krieg und Nachkrieg in Deutschland. Dieses kritiklose Anknüpfen an pädagogische Traditionen und Vorbilder, die für mich/für uns schon allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung und ihrer Verfolgung durch rechte Bürgerliche und die Nationalsozialisten und wegen ihres Totgeschwiegen-Werdens in der bundesrepublikanischen Nachkriegspädagogik fortschrittlich, ja revolutionär waren, hatte für mich/uns eine identitätsstifende Funktion. Sie erlaubte

mir/uns, die wir in der Regel nicht aus Widerstandsfamilien kamen, schon eher, wie ich aus Nazi-Familien, die subjektive Kränkung zu kompensieren, dass unsere Väter und Mütter mitgelaufen waren oder gar überzeugte Täter waren, in der Regel keinen Widerstand geleistet hatten, sondern auf die eine oder andere Weise zu den Komplizen und Tätern gehörten. Sie ermöglichte uns die Identifikation mit der Opferseite und damit die Selbsteinschreibung auf der Seite der Guten, auf der Seite des positiven Menschheitsprojekts.

> Wenn es die schreckliche Geschichte der anderen ist, die es zu untersuchen gilt und nicht die eigene,

schrieb ich an anderer Stelle,

> brauche ich keine Sinnkrise zu befürchten. Im Gegenteil: Indem ich das Schreckliche auf der Seite des politischen Gegners identifiziere, konstruiere ich eine ungebrochene positive Linie der geschichtlichen Entwicklung, der ich mein eigenes Denken und gegebenenfalls auch Handeln zuordnen kann. Ich besorge mir auf diese Weise eine ›historische Identität‹. Für Angehörige meiner Generation war der Rassismus auf der Seite der Herrschenden angesiedelt, eine Ideologie und ein Machtmittel auf der Seite der reaktionären Kräfte im Geschichtsprozess, und wir glaubten, ihn im kolonialen Gewaltverhältnis nach außen, im Antisemitismus und Fremdenhass nach innen eindeutig lokalisieren zu können. Dem gegenüber, in kämpferischer Opposition, sahen wir die Linie des fortschrittlichen Denkens: Die Propagierung der Menschenrechte durch die Philosophie der Aufklärung, ihre politische Bedeutung in den bürgerlichen Revolutionen, schließlich ihre globale und universale Einforderung durch das revolutionäre Proletariat und den Sozialismus. Diese Linie erschien uns von großer historischer Authentizität und Ungebrochenheit, so recht geeignet für eine positive Identifikation, die uns helfen sollte, trotz und gegen die faschistische Erbschaft von unserer Eltern-Generation, eine fortschrittliche politische Identität zu entwickeln. Wir wollten dem Herren-Menschen

> unseren aufrechten Gang entgegensetzen und sahen dabei nicht, dass hinter den strahlenden Bildern die der ›fortschrittliche‹ weiße Mann als Humanist, als Aufklärer, als Streiter für republikanische Rechte oder als revolutionärer Kämpfer für eine klassenlose Gesellschaft von sich aufzurichten wusste, rassistisches Fühlen, Denken und Handeln verborgen war. Es war eine undialektische Aneignung der Geschichte des Widerstands, aus der wir unsere Kraft zogen. (Kappeler 2000, S. 8)

Was in diesem Zitat bezogen auf den Rassismus gesagt wird, gilt für das klassifizierende Denken in der Sozialen Arbeit überhaupt. Die Einteilung der Geschichte in »fortschrittlich« = »links« und »reaktionär« = »rechts« mit den »wankelmütigen Liberalen« in der Mitte, die sich im Ernstfall immer »für rechts« entscheiden würden, enthob uns der kritischen Prüfung dessen, was in Geschichte und Gegenwart sich selbst als »fortschrittlich« definierte und von uns, eingeschlossen das eigene Denken und Handeln, dieses Prädikat zuerkannt bekam. Mit diesen Konstruktionen versuchten wir uns von den Belastungen zu befreien, die aus unserem spezifischen Zusammenhang von Biografie und Zeitgeschichte resultieren, um nicht an ihnen zu ersticken und zu verzweifeln und ein zweifelfreies Selbst-Bewusstsein von KämpferInnen für das sozialistische Menschenrechtsprojekt entwickeln und befestigen zu können. Kritik, Gesellschaftskritik reduzierte sich so auf die »Entlarvung« des politischen Gegners. Ideologische Befangenheit, Herrschaftsinteressen, Funktionalisierungsabsichten, klassifizierendes Denken, Arroganz der Macht, Opportunismus und Borniertheit konnten in dieser Polarisierung immer nur bei den anderen gesehen werden, um so eher, je mehr sie in den Organisationen und Institutionen des »Herrschaftsapparates« reale Entscheidungsfunktionen hatten.

Unsere Gesellschaftskritik war, selbst dort, wo sie den Kern traf und das war, wie die Reaktionen zeigten, durchaus oft der Fall, selbstgerecht und pharisäerhaft, auch dann, wenn sie emotional getragen war von Wut und Zorn und auch von Hass gegen die »Repräsentanten« der Strukturen, die wir als die Quellen von Disziplinierung und Legitimation von Herrschaft ansahen und bekämpften. Das alles, obwohl wir/ich die »Dialektik

der Aufklärung« gelesen hatten, keine orthodoxen MLer waren und von den Parteileuten als »organisationsfeindliche Spontis« beschimpft wurden. Unser Hunger nach einer makellosen Identität, die Abarbeitung an der ungeheuren Schuld an Verstrickung und Komplizenschaft unserer Eltern-Generation, der meines Erachtens niemand entgehen konnte, der einmal angefangen hatte, ernsthaft danach zu fragen, machte uns tendenziell taub und blind für die »negative Dialektik« beziehungsweise die dialektische Verschlingung von Herrschaft und Emanzipation.

Vom »heimlichen Lehrplan« der Geschichte

Erstaunlich ist – von heute aus gesehen – dass beide Seiten schließlich doch in der Praxis und auf sehr vermittelte Weise auch in der Theorie am selben Projekt arbeiteten und sich dabei ganz gegen ihren Willen gegenseitig unterstützten. Auf einer Veranstaltung im Jahr 1991 zum Thema »Fünfundzwanzig Jahre Reform der Heimerziehung in Berlin« saßen die ehemaligen Jugend-Senatorin Ilse Reichel und ich, die in den Auseinandersetzungen um die Berliner Jugendhilfe in den siebziger Jahren wahrscheinlich schärfsten KontrahentInnen, als ZeitzeugInnen auf dem Podium. Mehr als fünfzehn Jahre waren vergangen seit diese SPD-Reformpolitikerin versucht hatte, mich mit einem Berufsverbot politisch auszuschalten.

Sie eröffnete das Podium mit einer Entschuldigung an mich: Ihre harten Reaktionen seien unangemessen gewesen. Sie habe in der zugespitzten Kontroverse nicht sehen können, welche Schubkraft von unserer radikalen Kritik und unseren Forderungen auf den auch von ihr gewollten Reformprozess ausgegangen sei, habe vielmehr gedacht, wir würden zerstören, was mühsam in Gang gekommen war. Ich antwortete ihr, dass ich wohl wüsste, mit welcher Härte und Arroganz ich ihre verschiedenen Vorschläge für eine Moderation der Konflikte zurückgewiesen hätte. Heute sei mir klar, dass viele unserer Projekte, zum Beispiel die Legalisierung der Besetzung des »Georg-von-Rauch-Hauses« und des »Thomas-Weißbecker-Hauses« durch Jugendliche, von denen viele aus sozialpädagogischen Einrichtungen weggelaufen waren und im städtischen Untergrund lebten (so genannte Trebegänger), die allmähliche Etablierung sozialpädagogischer

Wohnkollektive (heute »sozialpädagogische Wohngemeinschaften«) die ersten niedrigschwelligen und anonym arbeitenden Beratungsstellen für Jugendliche, der Abbau der Fürsorgeerziehung bis hin zum Verschwinden der geschlossenen Unterbringung nur möglich waren, weil in der Jugendpolitik der Stadt reformorientierte SozialdemokratInnen gegen alle Verhinderungsversuche konservativer JugendpolitikerInnen der etablierten Parteien und Verbände den notwendigen Handlungsraum für eine neue Praxis in politischer, rechtlicher und materieller Hinsicht mit hergestellt hätten, dass es kein Zufall war, dass diese, in den folgenden Jahrzehnten die Jugendhilfe in der Bundesrepublik insgesamt verändernden Initiativen, nicht in Bayern oder in Rheinland-Pfalz zustande kommen konnten.

Es wurde eine nachdenkliche, selbst-reflexive Veranstaltung, von der die TeilnehmerInnen, überwiegend SozialpädagogInnen aus Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe, zur Reflexion ihrer eigenen Praxis angeregt wurden. Einer Praxis, die jetzt, nach der Veränderung wichtiger Rahmenbedingungen, andere und neue Fragen aufwirft, die auf der Grundlage des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG), das die ersatzlose Streichung der Fürsorgeerziehung gebracht hat, und im Kontext eines ausdifferenzierten Angebotsspektrums von »erzieherischen Hilfen«, beantwortet werden müssen.

Die Dialektik von »Reform und Revolution« hatte sich »hinter unserem Rücken« durchgesetzt, zu Gunsten der Reform. Wir haben Glück gehabt, dass aufgrund der skizzierten politischen Konstellationen, von denen wir freilich ein wichtiger Teil waren, trotz harter biografischer Konsequenzen für einzelne, im Ganzen die positiven Wirkungen dieser oft so unbegriffen betriebenen Auseinandersetzungen, ihre negativen Wirkungen überwiegen.

Was ich hier aus dem Spektrum des eigenen politischen und sozialpädagogischen Denkens und Handelns dargestellt habe, mit Bezügen auf die Zeitschrift »Erziehung und Klassenkampf« und das Buch »Gefesselte Jugend – Fürsorgeerziehung im Kapitalismus«, ließe sich wahrscheinlich in ähnlicher Weise an den in der *Psychologie-und-Gesellschaftskritik*-Artikeln der ersten Jahre dieser Zeitschrift zeigen. Im Editorial der ersten Nummer des Geburtstagskindes (Geburtsdatum 1977) schreiben die Initiatoren:

Die Zeitschrift Psychologie und Gesellschaft soll zu einem Forum gesellschaftskritischer Psychologie werden, für die radikale Kritik bürgerlicher Psychologie zugleich Kritik der bestehenden Gesellschaft ist. Eine Kritik bürgerlicher Psychologie sollte aufzeigen, dass deren Fehler, Widersprüche und Ungereimtheiten – kurzum ihre Borniertheit – der kapitalistischen Produktionsweise entspringen und innerhalb ihrer ökonomischen, politischen und ideologischen Grenzen nicht zu überwinden sind. Mit diesem Aufweis werden Illusionen zerstört, die das Erscheinen der Widersprüche mit dem Ort ihrer Bekämpfung und Aufhebung gleichsetzen. Warum den ›Umweg‹ über die Kritik der bürgerlichen Psychologie, warum nicht gleich Analyse und Kritik des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital? Nur die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft und ihrer Organisationsstruktur lässt zu, dass sich Intellektuelle politisch richtig gegenüber den Widersprüchen in ihrem Arbeitsbereich verhalten und dass sie sich in begriffener Weise auf das Proletariat als entscheidende Kraft beziehen, die in der Lage ist, das Kapitalverhältnis aufzulösen...

Eine richtige Kritik, die die Fehler bürgerlicher Wissenschaft zu benennen versteht, bleibt dieser Wissenschaft als immanenter nicht verhaftet, sondern weist notwendig über diese hinaus. Denn bürgerliche Wissenschaft und ihre Fehler als ihre Abgetrenntheit vom unmittelbaren Produktionsprozess geschuldete zu erkennen, dem sie in ihrer Abgetrenntheit zugleich unterworfen ist, heißt, die ihr eigenen Fehler und Ungereimtheiten als Folge der Bedingungen zu verstehen, die sie erst ermöglicht haben. Erst durch diesen Schritt werden die Fehler der bürgerlichen Psychologie erklärbar und deshalb aufhebbar. Diese Wissenschaft in Form, Inhalt und Organisationsstruktur als Herrschaftswissenschaft bloßzulegen und aufzudecken, worin und wodurch sie Herrschaftswissenschaft und also Ideologie ist, wenn sie mit dem Gestus der Wissenschaftlichkeit ›Wissen‹ präsentiert, welches diese Bezeichnung längst nicht mehr verdient, soll diese Zeitschrift unter anderem beitragen... Jede diese Überlegungen verweist notwendig auf die Theorie des

wissenschaftlichen Sozialismus und schließt wie dieser die gesellschaftspraktischen Konsequenzen der theoretischen Analyse mit ein...

Dieser Text ist ein Beispiel für den von uns betriebenen »Ableitungsfetischismus«, der die Engführung unseres Sehens, Denkens und Handelns bewirkte. Die Monotonie, die Abstraktheit dieser entsinnlichten Sprache spiegelt die Strukturen dieses Denkens wider. Wenn es dennoch und unbestreitbar einen Beitrag zur Veränderung der kritisierten Verhältnisse leistete, dann deswegen, weil die Kritik die tatsächlich veränderungsbedürftigen Verhältnisse und Praxen traf und mit großer politischer Überzeugungskraft und authentischem persönlichen Engagement vertreten wurde.

Die in unseren Analysen enthaltene Herrschaftskritik traf, bezogen auf einzelne Herrschaftsformen, oft den Nagel auf den Kopf. Die Kritik der »totalen Institutionen«, ihre Wirkungen auf Menschen, die gezwungen sind, in ihnen zu leben, war ein wesentlicher Beitrag zu ihrer Veränderung. Die De-Konstruktion von Kategorien wie »Hilfe« oder »soziale Integration« etc., die Kritik des »Methodenfetischismus« in der Sozialen Arbeit – vieles von dem, was außerhalb von uns lag, was nicht das eigene Denken und Handeln, die Ziele dieses Handelns betraf, wurde von uns wirkungsvoll und zum Teil nachhaltig kritisiert, und diese Kritik ging ein in die Veränderung von Denken, Sprechen und Handeln, die in den vergangenen fünfunddreißig Jahren in der Sozialen Arbeit, in den verschiedenen Bereichen von Erziehung und Bildung, erreicht werden konnte. Wenn ich zurückblicke auf Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit am Anfang meines Weges um 1960 und diese »Zustände« mit heute vergleiche, weiß ich sofort und ohne langes Nachdenken, bei aller Kritikwürdigkeit von Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit heute, daß ich in die »Verhältnisse« von damals um keinen Preis zurück möchte. Aus der Perspektive dieses großen Zeitraums gesehen, hat sich erstaunlich viel zum Guten gewendet und zwar im Ganzen der Sozialen Arbeit wie im Einzelnen diverser Arbeitsfelder. Die Kritik an den »Verhältnissen«, vor allem die an konkreten Erscheinungsformen, war wirksam – mit den revolutionären Zielen, in denen unsere unbegriffenen Funktionalisierungen und Instrumentalisierungen von

Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, unsere eigenen Herrschaftsabsichten und Missachtungen des Subjekts steckten, sind wir, glücklicherweise, gescheitert. Im Alltag unseres Denkens und Handelns wurden wir allmählich und unter der Hand selber zu »Reformern«.

Gesellschaftskritik heute

Bei vielen, auch bei mir, ist die kritische Distanz gegenüber den Formen, Institutionen und Zielen, in denen sich Herrschaft heute manifestiert, geblieben. Geworden ist die Einsicht, dass Gesellschaftskritik, die immer Kritik an Institutionen *und* Menschen ist, nicht ohne Selbstreflexion des Denkens, der Sprache, der Absichten, der KritikerInnen möglich ist, das sie die eigenen Sichtweisen immer wieder »de-konstruieren« müssen, wenn sie ihren Blindheiten und Verstrickungen auf die Schliche kommen wollen.

Diese Seite der Kritik, die Selbst-Reflexion, ist in der Sozialen Arbeit nicht in allen Dimensionen gleichmäßig entwickelt.

Meines Erachtens hat die Selbst-Reflexion in der Sozialen Arbeit vier Ebenen:

1. Das auf als »hilfebedürftig« definierte Menschen bezogene berufliche Handeln der Individuen und Gruppen im Kontext der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen.
2. Die gesellschaftlichen Funktionen der Sozialen Arbeit im Kontext und als Teil von Sozial-, Gesundheit-, Ordnungs- und Wirtschaftspolitik.
3. Die wissenschaftliche Grundlegung und Begründung des beruflichen Handelns (Forschung/Theoriebildung).
4. Die Geschichte der Sozialen Arbeit, in deren Verlauf sich Sichtweisen, Handlungsmuster, Gesetze und Institutionen herausgebildet und verändert haben.

Alle vier Ebenen der Selbst-Reflexion bedingen einander. Wenn eine oder mehrere ausgelassen wird/werden, bleibt die Selbst-Reflexion verkürzt, die Selbst-Aufklärung reduziert, die Übernahme von Verantwortung gelingt nicht in vollem Umfang.

Während die erste Ebene der Selbst-Reflexion mit den Methoden der Einzel-, Gruppen- und Team-Supervision und neuerdings mit der Organisationsberatung hinreichend entwickelt ist, wenn es auch an ihrer »flächendeckenden« Umsetzung fehlt, sind die anderen drei Ebenen der Selbst-Reflexion meines Erachtens kaum hinreichend entwickelt. Besonders die Professionsgeschichtsschreibung ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, in einem identitätspolitischen Projekt stecken geblieben und hat ihre Aufgabe, die kritische Selbst-Reflexion der Entstehungsgeschichte und des Verlaufs der Sozialen Arbeit bislang nicht im notwendigen Umfang erfüllen können. Das liegt meines Erachtens an einer ungenügenden »Trennschärfe« bezogen auf die normative und die pragmatisch-praktische Ebene der Sozialen Arbeit. Diese »Verwischung« führt dazu, daß die von den AutorInnen für die Gegenwart der Sozialen Arbeit propagierten Leitvorstellungen a-historisch der Profession und ihrer Geschichte in toto unterstellt werden.

Die in den Begriffen von Menschenwürde und Menschenrechten zusammengefaßten ethischen Leitvorstellungen werden von einer identitätspolitischen Geschichtsschreibung in Vergangenheit und Gegenwart als von *außen bedroht* angesehen und ihre unzureichende Realisierung in der professionellen Praxis beziehungsweise ihre Verkehrungen in das gerade Gegenteil werden entweder als politisch-ideologische Instrumentalisierungen beziehungsweise Funktionalisierungen oder als Ausdruck individueller Bewußtseinsdefizite von Professionellen beschrieben. Die immer wieder zu beobachtende In-Eins-Setzung von normativen Leitideen und realisierter Praxis führt dazu, daß für Widersprüche und Umkehrungen im Verhältnis von Leitnormen und Praxis nur noch Kräfte von außen, die mit Gewalt und List die Soziale Arbeit um ihr »Eigenes« bringen, verantwortlich gemacht werden können. Es ist mithin das »Fremde«, daß das »Eigene« korrumpiert. In dieser Sichtweise ist das »Eigene« im konkreten Falle lediglich zu unaufmerksam, zu schwach oder zu verführbar und dem großen politischen Kräftespiel unterlegen. Soziale Arbeit und die in ihr Handelnden werden in dieser Sichtweise zu Opfern von Verhältnissen, die sie angeblich selbst kaum beeinflussen können, und ihre Täterschaft beziehungsweise Mit-Täterschaft kommt nicht in den selbst-kritischen Blick. Selbstver-

ständlich ist heute allen, die sich überhaupt mit der Geschichte der Sozialen Arbeit befassen, bekannt, daß auch Kontrolle, Disziplinierung, Ausgrenzung, Fremdbestimmung, ja sogar Beteiligung an der Vernichtung von Menschen zu dieser Geschichte gehörten und gehören, aber diese »Schattenseiten« werden nicht als zu ihrem »Eigenen« gehörend verstanden, sondern als Verirrungen und Verführungen durch Zumutungen von »außen« gesehen.

Studien zur Berufsgeschichte zeigen aber deutlich, dass Passung und Anpassung das Denken und Handeln der Personen, Institutionen und Organisationen der Sozialen Arbeit überwiegend bestimmen und nicht Distanzierung, Kritik, Verweigerung und Widerstand. Für die verschiedenen Ebenen der Selbst-Reflexion der Sozialen Arbeit kommt es meines Erachtens darauf an, die nicht mehr zu leugnenden historischen Befunde als Belege für die Mit-Täterschaft der Sozialen Arbeit zu verstehen, die Gründe für Beteiligung, Komplizenschaft und Verstrickung zu erforschen und nach Wegen zu suchen, die sich den postulierten Leitnormen und Zielen annähern: Selbstaufklärung statt Identitätspolitik.

Etwa seit 1985 habe ich dieses Konzept der Selbst-Reflexion allmählich entwickelt und es verbunden mit der Kritik an folgenden Theorie-Praxis-Komplexen: Drogenpolitik/Drogenhilfe – Jugendpolitik/Jugendhilfe – Kriminalpolitik/Jugendstrafrechtspflege – Ökonomisierung der Sozialen Arbeit –Geschichte der Sozialen Arbeit: klassifzierendes Denken/alte und neue Eugenik – Hochschulpolitik/Studienreform.

Zur Gesellschaftskritik wird diese in Forschung und Lehre erarbeitete Kritik, weil ich sie in die öffentlichen Diskurse einbringe durch Veröffentlichungen, Gremienarbeit, Verbandsarbeit. Alle Themen beziehen sich auf Politikfelder mit Abhängigkeiten von ökonomischen Strukturen und Dynamiken und beziehen sich auf Kernpunkte der Dominanzkultur.

Noch zu keinem Zeitpunkt hatte ich den Eindruck der Kritik im Kleinen und im Großen, gingen die Anlässe und die Ziele aus oder kämen ihr einfach durch sich ändernde Sichtweisen abhanden. Aber mehr als früher habe ich Phasen der Kritikmüdigkeit, möchte ich die als notwendig erkannte Kritik anderen, jüngeren überlassen, nicht immer wieder öffentlich die Stimme erheben, mit mehr Ruhe und innerem Frieden – nicht »im Frie-

den mit der Gesellschaft« – meinen Neigungen und Interessen nachgehen, lieber leise sprechen als laut reden oder rufen, antworten, wenn ich gefragt werde und nicht immerzu selbst im öffentlichen Raum Fragen stellen – und einfach Zeit haben. Das sind »Anwandlungen«, denen ich manchmal nachgebe und manchmal nicht.

Mal sehen, wie es weitergeht...

Anmerkungen

1 Die Psychologie gehört natürlich zu großen Teilen auch zur »Sozialen Arbeit« und auch mit Medizin, Theologie und Jurisprudenz gibt es bedeutende Überschneidungen.

2 Der Deutsche Jugendhilfetag wird von den Spitzenverbänden der Jugendhilfe, von öffentlichen und freien Trägern alle zwei Jahre organisiert und ist so etwas wie eine Generalversammlung der Jugendhilfe.

Veröffentlichungen des Autors zum Thema

Kappeler, Manfred (1994). Rassismus – über die Genese einer europäischen Bewußtseinsform, Frankfurt am Main: IKO

Kappeler, Manfred (1995). Plädoyer für das umherschweifende Leben – Sozialpädagogische Essays zu Jugend, Drogen und Gewalt, Frankfurt a.Main: IKO

Kappeler, Manfred (1998). Drogen und Kolonialismus – Zur Ideologiegeschichte des Drogenkonsums (3. Auflage), Frankfurt am Main: IKO

Kappeler, Manfred (1999). Rückblick auf ein sozialpädagogisches Jahrhundert – Essays zur Dialektik von Herrschaft und Emanzipation im sozialpädagogischen Handeln, Frankfurt am Main: IKO

Kappeler, Manfred (1999). Bedeutung und Funktion von Prävention in der Jugendhilfe. Forum für Kinder- und Jugendarbeit 2/3, S. 24–34 und S. 8–18

Kappeler, Manfred; Barsch, Gundula u.a. (1999). Jugendliche und Drogen, Opladen: Leske + Budrich

Kappeler, Manfred (2000). Der schreckliche Traum von vollkommenen Menschen – Rassenhygiene und Eugenik in der Sozialen Arbeit, Marburg: Schüren

Kappeler, Manfred (2001). Von der Entfremdung zu einem neuen kritischen Bündnis – Zum Verhältnis sozialpädagogischer Praxis und Forschung. Forum für Kinder- und Jugendarbeit 3, S. 24–32